

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Böhm

Abg. Peter Wachler

Abg. Claudia Köhler

Abg. Martin Scharf

Abg. Katja Weitzel

Abg. Oskar Lipp

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 36** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) grundlegend reformieren - Entwicklungszusammenarbeit wieder an deutschen Interessen ausrichten (Drs. 19/7385)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Martin Böhm. Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Hohes Haus! Bayern gönnt sich eine eigene Entwicklungspolitik neben jener des Bundes, und das angesichts eines Haushalts, der nur durch das Plündern von Rücklagen, die Zuweisungen von Schuldenexzessen und das Streichen des Kinderstartgelds ohne eigene Schulden überhaupt auskommt. Der Rest der Welt ist dieser Regierung mehr wert als die bayerische Familie. Liebe Kollegen, das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der AfD)

In unserem Antrag geht es um Entwicklungszusammenarbeit auf Bundesebene, um die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, abgekürzt GIZ. Sie befindet sich im Eigentum des Bundes und ist quasi der operative Arm der Entwicklungspolitik. Sie hat weltweit unvorstellbare 24.000 Mitarbeiter, und sie hantiert mit Milliarden aus Steuern fleißiger Bürger. Diese gigantische Umverteilungsmaschine steht schon lange in der Kritik des Bundesrechnungshofes, einer Kritik, der wir uns im Sinne der tüchtigen Steuerbürger anschließen.

Was sind die zentralen Inhalte dieser Kritik? – Bereits im Frühjahr 2023 hatte der Bundesrechnungshof bemängelt, dass die GIZ die Wirtschaftlichkeit ihrer Arbeit mit dafür absolut ungeeigneten Kennzahlen ermittelt. Dabei handelt es sich um Kennzahlen, die auch Grundlage der variablen Vergütung des Vorstandes sind. Die Rechnungsprüfer haben ein aussagefähiges Kennzahlensystem gefordert. Liebe Kollegen, das darf der Steuerzahler gewiss auch erwarten.

Die Kritik betrifft auch die überdurchschnittlichen Bezüge der Mitarbeiter für mäßig anspruchsvolle Aufgaben dort. In einem Beitrag von "Die Zeit" vom 4. April 2025 vergleicht ein ehemaliger Projektmanager der GIZ seinen früheren Arbeitgeber mit einem Reisebüro für Akademikerkinder. An der Spitze der Institution steht mit Schäfer-Gümbel ein früherer Chef der hessischen SPD, der dreimal an dem Versuch gescheitert war, Ministerpräsident des Bundeslands zu werden. Die "NZZ" vom 9. April 2025 fragt: Wurde da ein abgehalfterter Politiker dank seiner Beziehungen auf einen gut dotierten Versorgungsposten gehoben?

Trotz üppiger Einkommen hapert es bei der GIZ an guten Ergebnissen und an belegbarer Effizienz. Volker Seitz, ehemaliger deutscher Botschafter in Afrika, hat sich in der "Berliner Zeitung" vom 12. September 2024 zum Wirken der GIZ in Afrika geäußert: Es gebe nahezu keine nachhaltigen Verbesserungen für die Menschen vor Ort trotz enormer Geldbeträge, die investiert würden, in was oder in wen auch immer, so Seitz. Konstruktive Kritik an den Projekten habe oft die direkte Entlassung von Mitarbeitern zur Folge.

Vor diesem Hintergrund fordern wir in unserem Antrag die Staatsregierung auf, sich im Bund dafür einzusetzen, dass die GIZ im Sinne einer Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik grundlegend reformiert und verschlankt wird. Es braucht Transparenz bei Kosten und Strukturen. Es braucht Ergebnisse, die eindeutig belegbar sind. Und es braucht dringend eine ideologische Entrümpelung. Wo liegt das deutsche Interesse, wenn der Steuerzahler Millionen Euro für die Sanierung von Wohngebäuden in der Mongolei bezahlt, während hier bei uns zu Hause in Bayern Schulen

verrotten? Was nutzt uns der Millionenaufwand für emissionsarme Reiserzeugung in Thailand, während hier bayerische Rentner hungern? Wenn man mit strengem Blick durch die Projektliste geht, lässt sich viel Geld sparen, auch beim Personal der GIZ. Die CSU wird gleich tönen, dass Entwicklungspolitik auch strategische Außenpolitik sei. Dieser Widerspruch kann sich nur dann auflösen, wenn "strategisch" endlich als im deutschen Interesse und nicht im Sinne ideologischer Ziele und Vorgaben verstanden wird. Entwicklungszusammenarbeit ist die Geostrategie, um unserer Geopolitik Wirkmacht zu verleihen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geschieht immer unter einem Motto: Deutschland zuerst. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Peter Wachler. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Peter Wachler (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche es, zu fortgeschrittenen Stunde so kurz wie möglich zu machen. Dennoch verdient dieser Antrag die gleiche Aufmerksamkeit wie jeder andere Antrag auch, unabhängig von der Uhrzeit. Das ist meine parlamentarische Pflicht, der ich nachkommen möchte, nachdem ich das gehört habe, was Sie, Herr Böhm, jetzt gerade von sich gegeben haben, ein Feuerwerk an Falschinformationen. Das lasse ich mir auch nicht um 22.18 Uhr von Ihnen unterjubeln.

Worum geht es? – Die AfD fordert in ihrem Antrag, die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit grundlegend zu reformieren und die Entwicklungszusammenarbeit angeblich wieder an deutschen Interessen auszurichten. Wer die Debatten der letzten Monate verfolgt hat, der weiß, dass ausgerechnet die Partei, deren Vorsitzender öffentlich sagt, er sehe durch Russland keine Gefahr für Deutschland, und sich damit objektiv russischer Narrative bedient, sich heute als Verteidiger deutscher Interessen darstellen möchte. Das passt nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Antrag arbeitet mit starken Worten, aber ohne Substanz. Er behauptet pauschal, die GIZ sei ineffizient, teuer und unkontrolliert. Gleichzeitig fordert die AfD, die gesamte deutsche Entwicklungszusammenarbeit zu verschlanken und neu auszurichten. Wer den Antrag liest, der erkennt sehr schnell: Hier geht es nicht um Verbesserung, hier geht es schlichtweg um Diskreditierung.

Meine Damen und Herren, die Realität ist eine ganz andere. Die GIZ ist ein Bundesunternehmen, das strengen Kontrollmechanismen unterliegt. Dazu gehört die Aufsicht durch das BMZ, die Kontrolle durch Aufsichtsrat und Kuratorium, die regelmäßige Prüfung durch den Bundesrechnungshof und ein sehr umfangreiches internes Monitoring- und Evaluationssystem.

Die AfD sagt, es gebe mangelnde Kontrolle. Das ist absoluter Blödsinn. Die GIZ ist eine der transparentesten staatlichen Durchführungsorganisationen überhaupt. Kritik ist natürlich erlaubt, und Reformen sind immer möglich. Das ist ganz klar. Aber pauschale Behauptungen ersetzen hier keine Analyse. Deswegen lassen Sie sich das gesagt sein: Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dient nicht nur humanitären Zielen; sie ist ein zentraler Bestandteil unserer Außenpolitik, unserer Sicherheitspolitik und auch unserer Wirtschaftspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es geht um deutsche Interessen, das ist richtig, aber um moderne, verantwortungsvolle Interessen. Wir stabilisieren fragile Regionen. Wir stärken staatliche Strukturen, damit Menschen vor Ort Perspektiven haben. Wir verbessern wirtschaftliche Rahmenbedingungen, wir sichern Lieferketten, wir sichern Zukunftstechnologien, und wir reduzieren Konfliktursachen und wirken damit irregulärer Migration effektiv entgegen.

Wer jetzt behauptet, dies diene nicht deutschen Interessen, der blendet diese Realität ganz bewusst aus. Eine enge nationale Ausrichtung, wie sie von Ihnen gefordert wird, würde unseren Handlungsspielraum massiv verkleinern und die Glaubwürdigkeit Deutschlands und auch Bayerns in der internationalen Gemeinschaft massiv beschä-

digen. Lassen Sie sich das gesagt sein: In einer globalen Welt ist Abschottung keine Antwort; sie ist ein massives Risiko. Dem wollen wir uns nicht aussetzen.

Lassen Sie mich noch gezielt auf Bayern eingehen. Der Antrag fordert uns auf, über den Bundesrat eine Reform der GIZ anzuschieben. Was würde das für uns bedeuten?

– Als entwicklungspolitischer Sprecher sage ich: Bayern hat eigene entwicklungspolitische Projekte und verfolgt seit Jahren einen sehr erfolgreichen Weg, partnerschaftlich, zielorientiert und auf Augenhöhe. Das steht auch so in unserem entwicklungspolitischen Bericht. Herr Böhm, ich verstehe das gar nicht. Sie waren am 11. November bei der Vorstellung dieses Berichts durch Herrn Staatsminister Beißwenger dabei. Dieses Dokument zeigt deutlich, wie breit unser Engagement ist und wie sehr es Bayern tatsächlich nützt; denn Bayern ist das einzige Bundesland mit einer eigenen Afrika-Strategie. Wir investieren in Wirtschaft, in Bildung, in Wissenschaft und in die Landwirtschaft. Wir tun das nicht aus Altruismus oder reiner Nächstenliebe, wir tun das auch aus eigenem Interesse.

Die GIZ ist dabei kein Fremdkörper; sie ist ein professioneller Dienstleister. Sie unterstützt Bayern in vielerlei Hinsicht, beispielsweise bei der Umsetzung von Projekten für erneuerbare Energien, für die berufliche Bildung oder zum Thema Wasserstoff. Der entwicklungspolitische Bericht nennt alle Projekte, die Bayern über die GIZ finanziert oder begleitet. Diese Zusammenarbeit funktioniert auch, und sie zeigt: Entwicklungs- politik ist ein Erfolgsmodell, auch ganz konkret für unseren Freistaat. Natürlich gibt es immer Reformbedarf wie in jeder großen Organisation. Prozesse können durchaus effizienter werden. Das gehört auch zur Weiterentwicklung. Genau das tut die GIZ bereits kontinuierlich. Selbstverständlich prüfen wir Bayern den Nutzen dieser Programme für unser Land.

Der Antrag der AfD interessiert sich dafür nicht. Er zielt nicht auf Optimierung, er zielt auf Abschaffung, er zielt auf Rückzug, und er zielt auf Isolation. Er ist fachlich nicht nachvollziehbar, er ist sicherheitspolitisch gefährlich, und er widerspricht den außen- und wirtschaftspolitischen Interessen Bayerns und Deutschlands. Liebe Kolleginnen

und Kollegen, Entwicklungszusammenarbeit ist kein Luxusprojekt. Sie ist aktive Stabilitätspolitik, sie ist Zukunftspolitik. Sie schützt Menschen, aber sie schützt auch uns. Sie stärkt Demokratien, Märkte und Partnerschaften. Wer das zerstört, der schadet Bayern, er schadet Deutschland, und er stärkt die Kräfte, die an Instabilität interessiert sind.

Ich sage es Ihnen immer wieder: Wir lassen nicht zu, dass die AfD in diesem Hause mit populistischen Behauptungen und fremdenfeindlichen Narrativen das Vertrauen in unsere Institutionen, zu denen auch die GIZ gehört, untergräbt. Wir lassen es auch nicht zu, dass ein erfolgreiches Politikfeld schlechtgeredet wird, auf das Bayern stolz sein kann. Deshalb lehnen wir den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Wachler, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Herr Kollege, Sie haben am Anfang Russland-Narrative bedient und dann gesagt, wir wären auch amerikafreundlich. Das ist natürlich ganz schlecht. Dann war noch etwas mit China. Mit der Schweiz darf man natürlich gar kein Verhältnis pflegen; denn da gibt es ja Volksabstimmungen. Das ist ganz gefährlich für uns. Das ist es, was Sie immer wieder den Menschen klarzumachen versuchen, Sie ignorieren dabei aber vollkommen, dass wir diejenigen sind, die bereit sind, Friedensgespräche zu führen. Das nur vorab.

Mich würde eines interessieren: Die GIZ zählt 24.000 Mitarbeiter. Ihr werden jedes Jahr 12 Milliarden Euro vermacht. Sie bringt es aber nicht fertig, Rückführungsabkommen mit irgendwelchen Ländern diesseits oder jenseits des Äquators abzuschließen, die berufene Remigranten zurückzunehmen. Das ist schon einmal ganz schwach; denn es wäre im ureigenen deutschen Interesse, durch Entwicklungshilfe und Unterstützung diese Länder dazu zu bewegen, Asylanten wieder zurückzunehmen. Dies wäre wirk-

lich im Interesse des deutschen Volkes, der Bundesrepublik. Dazu ist die GIZ nicht in der Lage.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung. – Bitte, Herr Kollege Wachler.

Peter Wachler (CSU): Herr Böhm, Sie waren persönlich im Ausschuss anwesend. Ich habe es Ihnen jetzt gerade noch einmal erklärt. Ich werde es Ihnen nicht noch ein drittes Mal erklären. Gestatten Sie mir die Bemerkung: Eine Biene erklärt einer Fliege auch nicht, warum Honig besser als ein Kothaufen schmeckt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler für die Fraktion des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Claudia Köhler (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt ein Antrag vor, mit dem so getan wird, als ob damit eine Reform der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit gefordert würde. In Wirklichkeit geht es der AfD darum, Entwicklungszusammenarbeit abzuschaffen. Damit würde ein ganzer Pfeiler internationaler Verantwortung Deutschlands eingerissen.

Wir stehen weiterhin zur internationalen Zusammenarbeit und lehnen daher den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Martin Scharf für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann mich den Ausführungen meines Kollegen Wachler anschließen. Da war alles drin. Lieber Peter, Danke für deine Ausführungen.

Ich möchte noch eines sagen: Entwicklungszusammenarbeit ist mehr als ein politisches Arbeitsfeld. Sie ist eine Haltung. Sie steht für die Überzeugung, dass Frieden, Gerechtigkeit und Hoffnung Einsatz brauchen. Die GIZ ist ein Werkzeug dieses Auftrags. Wir können die Welt nicht alleine verändern, aber wir können unseren Teil dazu beitragen, mit Verantwortung, mit Klarheit und mit dem festen Willen, Wirkung zu erzielen.

Ich wünsche euch allen besinnliche Weihnachtstage und ein frohes Fest.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Frau Kollegin Weitzel von der SPD-Fraktion befindet sich schon am Rednerpult. Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wachler, vielen Dank für die absolut richtige und komplette Analyse der Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit für die bayerischen und deutschen Interessen. Ich habe da absolut nichts hinzuzufügen. Ich kann das alles übernehmen. Das offenbart, dass dieser Antrag null Komma null den deutschen Interessen dient, was man uns hier vorgaukeln möchte. Das tut er nämlich gerade nicht. Herzlichen Dank für diese Analyse.

Ich möchte nur noch eine Bemerkung machen: Entwicklungspolitik ist auch Sicherheitspolitik. Echte Sicherheit gibt es nur mit einer globalen Gerechtigkeit. Globale Gerechtigkeit braucht solidarisches Handeln. Was sie nicht braucht, sind rechter Populismus, Mauern und Grenzzäune. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat Herr Abgeordneter Oskar Lipp von der AfD-Fraktion das Wort.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzte Kollegin, haben Sie den Antrag gelesen? Nennen Sie mir mal bitte drei inhaltliche Punkte daraus.

(Johannes Becher (GRÜNE): So viel steht in ihm gar nicht drin! – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wo widerspricht unser Antrag, wenn die Entwicklungshilfe, sage ich mal, nicht nur ein Geben, sondern auch ein Nehmen ist, deutschen Interessen? Das haben Sie gerade gesagt. Sie haben jetzt 60 Sekunden Zeit, das auszuführen. – Danke.

(Beifall bei der AfD)

Katja Weitzel (SPD): Ich glaube nicht, dass ich darauf eine ausführliche Antwort geben muss. In Ihrem Antrag findet sich nichts, wirklich gar nichts, was deutschen Interessen dient; denn Ihr Ziel ist, wenn man es genau liest, die Abschaffung. Nichts anderes wollen Sie damit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.